

AKTUELLES AUS DEM DAAD-NETZWERK

JUNI 2017



Dr. Alexander Au leitet seit 2014 die DAAD-Außenstelle Mexiko-Stadt.

Mexiko nach der US-Wahl - Auswirkungen auf die Hochschulbeziehungen zu Deutschland und der EU

Kein anderes Ereignis ist derzeit in Mexiko von so großer politischer Bedeutung wie die Auswirkungen der US-Präsidentenwahl auf die Lage des Landes. Durch die Drohrhetorik Trumps befürchtet man in Mexiko ein deutliches Absinken der eigenen Wirtschaftsleistung durch das Ausbleiben ausländischer Investitionen oder – noch drastischer – den Wegzug ausländischer Firmen und Produktionsstätten. Tatsächlich „beerdigte“ der Automobilhersteller Ford nach Vorwürfen Donald Trumps im Januar seine Pläne für eine neue Produktionsstätte in Mexiko und Fiat/Chrysler stellte seine Investitionszusage kurzerhand in Frage. In den Folgewochen zeigte sich jedoch, dass zahlreiche ausländische Firmen versicherten, ihre Pläne zur Einrichtung neuer Niederlassungen oder zum Aus- bzw. Neubau von Produktionsanlagen in Mexiko wie vorgesehen umzusetzen. Auf deutscher Seite halten bisher alle Unternehmen, darunter BMW, Daimler, Leoni und Continental, an ihren Investments fest.

Allen Unkenrufen zum Trotz haben Walmart und einige weitere US-Firmen ihre Investitionen in Mexiko seit Jahresbeginn erheblich vergrößert. Interessanterweise lagen die ausländischen Gesamtinvestitionen in Mexiko zwischen Januar und März auch um rund 17 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Trotzdem zeigte sich ein erster Effekt, der nach Meinung des mexikanischen Wirtschaftsministeriums auf die neue US-Politik zurückzuführen sein dürfte: Im ersten Quartal ging zum ersten Mal seit zehn Jahren die Höhe der Rücküberweisungen von in den USA lebenden Mexikanern an ihre Familien in Mexiko zurück. Der Wert fiel um 1,4 Prozent, nachdem er zuvor kontinuierlich gestiegen war.

Blickt man über die wirtschaftspolitischen Entwicklungen innerhalb Mexikos hinaus, so ergeben sich durch die neue protektionistische US-Politik durchaus neue ökonomische Perspektiven im lateinamerikanischen Kontext. Die Länder Lateinamerikas rücken enger zusammen und machen aus der Not eine Tugend. Im April fand ein gemeinsamer Gipfel der beiden großen Wirtschaftsbündnisse in Lateinamerika (Mercosur und Pazifische Allianz) statt, auf welchem die seit einigen Jahren laufenden Bemühungen um eine Freihandelszone mit der EU dynamisch vorangetrieben wurden. Die linksgerichteten Regierungen des Südens, die keinen Freihandel wollen, sind machtpolitisch in Lateinamerika derzeit nicht mehr am Zug, und so könnte mittel- bis langfristig eine Freihandelszone zwischen der EU und den meisten Staaten Lateinamerikas entstehen.

Strategische Neuorientierung in Richtung Europa auch in der Hochschulpolitik?

Noch ist es sicherlich verfrüht, von einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Internationalisierungsstrategien mexikanischer Hochschulen nach Europa zu sprechen, doch seit dem Amtsantritt Trumps und der zügig eingeleiteten restriktiveren US-Einreisepolitik vollzieht sich an mexikanischen Hochschulen ein spürbarer Sinneswandel und eine verstärkte Hinwendung zu europäischen und asiatischen Partnern. Im ersten Quartal 2017 häuften sich an der DAAD-Außenstelle Mexiko die institutionellen Anfragen mexikanischer Hochschulen nach verstärkter Zusammenarbeit mit deutschen Partnern.

Auch aus der Perspektive der mexikanischen Regierung steht Europa – besonders Spanien, Deutschland und Frankreich – derzeit im Zentrum des Interesses, da die großen, staatlich organisierten akademischen Austauschprogramme mit den USA inzwischen mit wesentlich komplizierteren Visaverfahren verbunden sind. Zudem steigt die Quote der abgelehnten Visa seit Jahresbeginn konstant an, was auf mexikanischer Seite neben Kosten (z.B. nach erfolgter Auswahl der Wissenschaftler und Studierenden) auch zu großem Unmut führt.

Erstaunlicherweise hat die DAAD-Außenstelle in Mexiko in den vergangenen Wochen ebenfalls Anfragen von einzelnen deutschen Hochschulen bekommen, die sich mit dem Hinweis auf schwierigere Kooperationsbedingungen mit den USA nun Forschungsclustern in Mexiko anschließen wollen.

Mittelknappheit der mexikanischen Partner beeinflusst 2017 die internationale Wissenschaftsförderung. Deutschland bleibt dennoch eines der prioritären Zielländer

In diesem Jahr muss sowohl das mexikanische Bildungsministerium (SEP) wie auch der mexikanische Technologie- und Forschungsrat (Conacyt) mit deutlich weniger Mitteln auskommen als 2016. Conacyt verfügt nach derzeitigem Stand über rund 20 Prozent weniger Mittel als noch im Vorjahr. Von dieser Kürzung wird auch das gemeinsam mit dem DAAD finanzierte Stipendienprogramm betroffen sein, in dem maximal 70 (statt der bisher über 100 Stipendien) vergeben werden können. Die Gründe für die Kürzungen liegen einerseits im nach wie vor niedrigen Preisniveau für Erdöl, das die Gesamtwirtschaftsleistung Mexikos drosselt, andererseits jedoch auch in Mittelverlagerungen innerhalb der Regierung.

Als problematisch erweist sich in diesem Zusammenhang auch der Wertverlust der mexikanischen Währung. Der mexikanische Peso hat im vergangenen Jahr gegenüber dem Dollar und dem Euro zwischen 20 und 30 Prozent sowie auch gegenüber weiteren internationalen Währungen abgewertet, was die Kosten für Auslands-

aufenthalte mexikanischer Wissenschaftler und Studierender deutlich erhöht.

Doch auch in ganz anderer Weise belastet die neue US-Politik die mexikanischen Finanzen: Spätestens seit der Intensivierung der nordamerikanischen Abschiebep Praxis zu Jahresbeginn sieht sich Mexiko einer großen Anzahl Studierender gegenüber, die bisher an einer US-amerikanischen Hochschule eingeschrieben waren und praktisch über Nacht aus den USA ausgewiesen wurden. Die mexikanische Regierung schätzt, dass es zwischen 400.000 und 600.000 Studierende aus Lateinamerika geben könnte, die sich illegal in den USA befinden. Wieviele davon möglicherweise nach Mexiko kommen könnten, ist zwar ungewiss, allerdings hat das mexikanische Bildungsministerium gemeinsam mit einigen öffentlichen Hochschulen vorsorglich einen Maßnahmenkatalog entwickelt, um die unfreiwilligen Rückkehrer vor Ort schnellstmöglich in die Hochschulen oder in das Arbeitsleben zu integrieren. In Mexiko nennt man die jungen unfreiwilligen Rückkehrer „Dreamer“, in Verbindung mit der Vorstellung des Traumes von einem besseren Leben in den USA.

Zu dem Maßnahmenkatalog gehören u.a.:

- Einrichtung von Büros zur geregelten Aufnahme aus den USA ausgewiesener Studierender
- Unbürokratische Anerkennungsrichtlinien für in den USA erbrachte Studienleistungen
- Sprachliche und kulturelle Integrationskurse für US-Mexikaner, die kein Spanisch sprechen
- Schulung von akademisch gebildeten Rückkehrern als Englischlehrer für das mexikanische Grundschulsystem
- Ausbau der Weiterqualifizierungsmöglichkeiten für Erwachsene mit akademischer Vorbildung

Außerdem wurden Maßnahmenpakete zur Arbeitsmarktintegration für Rückkehrer mit beruflicher Erfahrung geschaffen.

Ungeachtet der außergewöhnlichen Herausforderungen, denen sich Mexiko nach dem Regierungswechsel in den USA gegenüber sieht, bleibt Deutschland nach Aussagen der mexikanischen Regierung zusammen mit Spanien, Frankreich, Kanada, Südkorea und den USA auch weiterhin eines der prioritären Länder für den akademischen Austausch und die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Dies bedeutet, dass es für Kooperationsmaßnahmen mit den genannten Ländern nur bedingte Mittelkürzungen gibt. Programme mit anderen Ländern mussten teilweise komplett ausgesetzt werden.